

Rassismus bizarr

Schlitzer und Schweizer

Von Hermann Lei, Frauenfeld TG

Sommer 2011: Die Schwinger-Freunde Roland G. und Kari Z. sitzen beim Feierabend-Bier. Ohne ersichtlichen Grund werden sie von zwei Kosovaren als «Scheiss-Schweizer! Dreckspack» angepöbelt.

Einer der Kosovaren zückt sein Messer und schlitzt Kari Z. die Kehle auf. Das Blut spritzt. Der lebensgefährlich verletzte Kranzschwinger und SVP-Politiker Kari Z. wird auf die Intensivstation gebracht. Er überlebt nur mit viel Glück.

Wahrheit über Kosovaren ist strafbar

Die politische Klasse empört sich. Aber nicht etwa ob der grausamen Bluttat des Kosovaren. Nein, sie stört sich daran, dass die SVP ein Inserat schaltet, das den Vorfall thematisiert. Verschiedene Medienhäuser verweigern die Publikation, die Schweizer Bischofskonferenz erkennt im Inserat gar eine «gotteslästerliche Menschenverachtung». Muslime reichen Strafanzeige ein.

Und das Unglaubliche geschieht: SVP-Generalsekretär Martin Baltisser und seine Stellvertreterin Silvia Bär werden Ende April 2015 wegen Rassen-diskriminierung verurteilt. Der Durchschnittsleser könne das Inserat so verstehen, dass die Kosovaren allesamt Verbrecher seien und als «Messerschlitzer» sogar besonders gefährlich, meinte das Gericht; als ob der Durchschnittsleser ein vollkommener Idiot wäre. Dieses bizarre Urteil stellt einen schweren Schlag gegen die Meinungsäusserungsfreiheit in der Schweiz dar. Politische Gegner der SVP haben damit erreicht, dass in der Schweiz nicht mehr gesagt und geschrieben werden darf, was ist.

Schweizer sind nicht geschützt

Ein anderer Fall: Izmir Ü. (Name der Redaktion bekannt), ein aus der Türkei eingewanderter Papierschweizer, ist Eigentümer mehrerer Liegenschaften, in denen er Wohnungen vermietet. Im Rahmen einer Neuvermietung schaltete er am 4. September 2013 ein Inserat in einer Zeitung, in welchem unter anderem vermerkt war «ab sofort, günstig, keine CH».

Izmir Ü. legte in den Medien sogar noch einen drauf: «Mit Ausländern hatte ich noch nie Probleme. Mit den Schweizern schon! Die bezahlen einfach nicht», meinte er. Und: «Ausländer sind ruhig und bezahlen



Dieses diskriminierende Inserat löste kein Strafverfahren aus.

regelmässig». Izmir beschrieb Schweizer also pauschal als renitent, betrügerisch, zahlungsunwillig und nicht vertragstreu. Nicht auszudenken, was passiert wäre, wenn z.B. ein Ladenbesitzer ein Schild in sein Schaufenster stellen würde auf dem es heisst: «keine Juden» und es damit begründete, Juden würden nicht bezahlen, ihnen könne man nicht trauen.

Was bei einem Schweizer sofort zu einer Hausdurchsuchung und Verhaftung geführt hätte, bemerkte bei Izmir: nichts. Am 6. November 2014 nahm das Untersuchungsrichteramt die Sache trotz Anzeige nicht an die Hand. Der eingebürgerte Türke hatte dort ausgesagt, dass er das alles nicht so gemeint habe. Damit war das Thema für die St. Galler Staatsanwaltschaft erledigt. Eine dagegen gerichtete Beschwerde wies die Anklagekammer des Kantons St. Gallen am 14. Januar 2015 ab, desgleichen später das Bundesgericht.

Einige sind gleicher ...

Warum also wird man bestraft, wenn man wahrheitsgemäss schreibt, dass Kosovaren einen Schweizer aufgeschlitzt haben, aber nicht, wenn man Schweizer offenkundig diskriminiert?

Wenn ein Türke ein Inserat aufgibt, in welchem er eindeutig Schweizer diskriminiert, wird nicht einmal ein Strafverfahren eröffnet. Wenn hingegen ein Schweizer ein Inserat aufgeben, in dem eine wahre Begebenheit erzählt wird, so wird ein Strafverfahren eröffnet und es kommt zu Verurteilungen. Daraus wird klar: Der Rassismusartikel dient heute vornehmlich der politischen Klasse gegen missliebige Meinungen. Er ist ein Instrument der Inquisition der politischen Korrektheit geworden. Wir sagen: 20 Jahre Meinungsterror sind genug, der Artikel gehört abgeschafft.

Hermann Lei

SRG für No-Billag-Initiative!

Die Überraschung war gross. Nach Monaten der Dauerkritik an der SRG, an ihren verschwenderischen Allüren, den SRF-Sendungen und den Abzocker-Löhnen der Chefetage nun dies: SRG-Direktor Roger de Weck trat nach der RTVG-Abstimmung vor die Medien und erklärte, sein Verbleiben habe beschlossen, die «No-Billag»-Initiative der JSVP und der Jungfreisinnigen zu unterstützen und in Zukunft auf Billag-Gebührgelder zu verzichten.



Der verdutzten Medienschar erklärte de Weck, dass es die SRG-Mitarbeiter bereuten, der Bevöl-



kerung während Jahrzehnten auf der Tasche gelegen zu haben – ohne diese danach zu fragen, ob sie die erbrachten Leistungen auch wirklich in Anspruch nehmen wollen. Er persönlich bedauere sein unmoralisch hohes Salär, das über jenem eines Bundesrates lag. Um den Bürgern etwas zurückzugeben, wolle er drei Viertel seiner einstigen Bezüge an das «No-Billag»-Komitee spenden, damit dieses die noch fehlenden 30 000 Unterschriften zusammenbekomme. Man sei nun zur Überzeugung gelangt, dass für die Mitarbeiter ein angenehmeres Arbeitsklima geschaffen werden könne, wenn effektiv nur noch jene bezahlen müssen, die konsumieren und man nicht den Dauerattacken der Zwangsgebühren-Zahler ausgesetzt sei. Imagetechnisch sei die Abschaffung des Gebührenzwangs für die SRG ein Segen.

De Weck gab auch deshalb die Unterstützung für die «No-Billag»-Initiative und den Verzicht auf Gebührgelder bekannt, weil man die nun im Parlament drohende Kaputtregulierung der SRG auf jeden Fall abwehren möchte. Dort soll es der Radio- und TV-Quasimonopolistin nämlich an den Kragen gehen: Werbebeschränkungen, Verbot von Online-Aktivitäten, Festlegung des Programms durch das Parlament. Anstatt weiterhin vom staatlichen Subventionsgift abhängig zu sein und all diese Einschränkungen hinzunehmen, habe man sich lieber für die Unabhängigkeit in der Programmgestaltung und für die unternehmerische Freiheit entschieden.

Der technische Fortschritt ermögliche es zudem, auf bürokratische Billag-Kontrolleure zu verzichten, begründet de Weck den Entscheid der SRG weiter: Heute sei es problemlos möglich, Sender und Programme so zu verschlüsseln, dass nur noch jene schauen können, die bezahlen. All jene, die ihr hart erarbeitetes Geld lieber für andere Zwecke verwenden möchten, wolle man in Zukunft nicht mehr belästigen und unter Androhung von Gewalt um die Früchte ihrer Arbeit bringen.

Ein bisschen träumen darf man ja wohl auch als gebeutelter Zwangsgebührenzahler noch. Oder man wird aktiv: www.nobillag.ch.

Olivier Kessler

Das sind die Folgen der unkontrollierten Masseneinwanderung:

Kosovaren schlitzten Schweizer auf!

Wer das nicht will, unterschreibt jetzt die Volksinitiative «Masseneinwanderung stoppen!»

Die Schwinger-Freunde Roland G. (38) und Kari Z. (45) sitzen am Montag, den 15. August, auf der Gartenterrasse in Interlaken BE. Plötzlich hält ein Taxi. Zwei Kosovaren (33 und 31) steigen aus. Sie fangen an, die zwei Schweizer anzupöbeln: «Scheiss-Schweizer! Dreckspack», sagt ein Augenzeuge. Der zwölfjährige Kranzschwinger Kari Z. fragt: «Was soll das?» Einer der Kosovaren greift sofort zum Messer und schlitzt dem Schweizer die Kehle auf.

Die SVP fordert vom Bundesrat:

- Sofortige Umsetzung der Volksinitiative «Ausschaffung krimineller Ausländer»
- Stopp der unkontrollierten Masseneinwanderung!

Die Unterschriftenbogen können Sie bestellen unter Tel. 031 300 58 58 oder unter www.stopp-masseneinwanderung.ch

Mit einer Spende auf PC 66-10704-9 unterstützen Sie dieses Inserat. Herzlichen Dank.

SVP Schweiz, www.svp.ch, Postfach 1012, 9001 Basel, www.srg.ch

Inserat der SVP, das zur Verurteilung führte.